

EUROPA

JAN 2003

Urpötzlich ist Europa eine neue Aufgabe zugefallen, die bisher zwar hin und wieder diskutiert worden war, aber der Dringlichkeit der Verwirklichung entbehrte: Die Präsentation der EU-Eigenart.

Dazu haben die USA unfreiwillig Geburtshilfe geleistet, indem sie sich aus den Verbindlichkeiten zwischen den Völkern (vom Klimaschutz bis zum Weltgerichtshof) (→ QBL 30 Hegemonie nie) verabschiedeten. Insofern bewahrheitet sich die alte Weisheit, dass aus zunächst nachteilig erscheinenden Entscheidungen auch positive Folgen entstehen können, was heißt, dass die EU **anstelle des weiteren Mitläufertums auf dem american way of life den „europäischen Lebensweg“** vertreten muß.

Am Missverständnissen vorzubeugen: Dieser Vorschlag ist nicht gegen Amerika gerichtet, sondern im Gegenteil amerikanerfreundlich, weil er ihnen ermöglicht, im freien Spiel der Kräfte zu ihrer Eigen-Art zu finden und zu stehen. Das bedeutet allerdings: Keine globale Hegemonie einer Macht und deren Prinzipien auf alle, sondern ein globaler Wettbewerb um Lebens-Weise; der so oft angesprochene freie Austausch!

In ähnlicher Weise, wie die Kommunen und Regionen mit fließenden Grenzen organisiert würden, (→ QBL 03 Europa der Nationen?) könnten zwischen ihnen und einer Weltverwaltung (→ QBL 15 Eine Welt (Global governance)) Völkerunionen (grob vergleichbar den früheren „Blockstaaten“) eingeschoben werden, die zugleich eine zweite Kammer, unserem Bundesrat vergleichbar, bilden, damit Dominierungsbestrebungen unterbunden werden.

In der Vergangenheit entwickelte sich Europa mehr und mehr zu einem Vasallen der USA, bestenfalls zu einem geduldeten Partner und Mitläufer. Das vielfältige Aufbegehren der französischen Regierung ist diesbezüglich ja nicht zufällig. Europa, obwohl derzeit noch ein Mitverdiener an der neokolonialen Ausbeutung der Dritte-Welt-Länder, muß eine makroökonomische Politik verselbständigen und dem hemmungslosen und ausbeuterischen US-Neoliberalismus ein eigenes wirtschaftliches Konzept entgegen setzen.

Das bedeutet im einzelnen: Allmähliche, allgemeine Abkoppelung vom IWF-Wertbank-Diktat. Aufnahme von Verhandlungen mit den Nachbarzonen – hier vor allem im nordafrikanisch-islamischen Raum – mit dem Ziel einer fairen Partnerschaft, die auf Austausch und nicht auf Ausbeutung beruht. Dazu gehört auch das Aufgeben der Strategie der Mitnahmeeffekte bei der Zerschlagung der Industrie (Dollarisierung) in Russland als Fortführung des „Kalten Krieges“ mit dem Ergebnis des beispiellosen Zusammenbruchs des Lebensstandards der dortigen Bevölkerung. Es geht vor allem darum, die weitere Balkanisierung Russlands zu verhindern, um im Interesse des Weltfriedens den absehbaren globalen geopolitischen Gefahren und Sicherheitsrisiken zu begegnen.

Kleine Ansätze dazu finden sich bereits. Im wirtschaftlichen Bereich, so insbesondere in der Rüstung, sind längst eigene europäische Wege, die unabhängig von den USA sind, begangen worden, z. B. durch den Zusammenschluss mehrerer europäischer Konzerne zur EADS (European Aeronautic Defence and Space Company). Zudem: Die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung ist ein bedeutsamer Schritt in diese Richtung.

Bei all dem ist die Sonderrolle Groß-Britanniens einzukalkulieren. Ehe man mit allen möglichen Vergünstigungen versucht, Groß-Britannien in die

Europäische Union zu holen, sollte man doch auch dessen Vorpostenstellung für die USA-Interessen im Auge behalten. Es kann unter Umständen nötig sein, dass die EU sich von England trennt und dieses mehr oder weniger in den USA aufgeht, was heißt, eine Brückenfunktion zwischen USA und EU übernimmt. **Europa muß nicht mit dem geographischen Begriff übereinstimmen.** Als Gemeinschaft stabiler Staatsbildungen (mit der Folge dauerhafteren Friedens untereinander) hat sich die EU damit auseinandersetzen, dass die überwiegende Zahl der „jüngeren“ Staatenbildungen schwach und kaum belastungsfähig ist und dass es keinen Zweifel mehr daran geben kann, dass die vielen Staatsbildungsprozesse in der Dritten Welt sowie an der Peripherie der Ersten (und Zweiten) Welt gescheitert sind (Klaus Schlichte/Boris Wilke: „Der Staat und einige seiner Zeitgenossen ...“, in Zeitschrift für Internationale Beziehungen 7. Jg., 2000, Heft 2).

Daraus resultiert, dass Europa durch die um es herum herrschenden Strukturen (→ QBL 18 Rüstung - Der militärische Komplex, QBL 10 Staat machen) in hohem Maße gefährdet ist. Deshalb kann es nicht Aufgabe sein, allein die „innere“ Einigung zu fördern, sondern auch die es umgebenden Zonen zu stabilisieren, nicht durch immer weitere Aufnahme kritischer Staaten, sondern durch Unterstützung zu deren Konsolidierung. Dies ist die wahre EU-Aufgabe! US-Rezepte der Neokolonialisierung, wie etwa in Mittel- und Südamerika angewandt, sind dafür denkbar ungeeignet.

Eine weitere Aufgabe für Europa stellt sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion durch Niederrüstung und dem lancierten Wirtschaftschaos in Fernost durch die Asymmetrie der weltpolitischen Konstellationen. Dort wächst für Europa die Verpflichtung heran, nicht nur eigene, von der derzeitigen Weltmacht USA abweichende Prinzipien zu vertreten, sondern auch andere, nicht mit der EU oder der USA übereinstimmende Vorstellungen zu unterstützen, sodaß es wieder zu einem – jetzt allerdings nicht kalkriegsgeprägten – Mit- und Gegeneinanderwirken in der Welt kommt. Denn nichts ist für die Welt, und auch für eine Hegemonialmacht auf Dauer tödlicher, als die Aufkrotyrierung einer einzigen Lebensart (→ QBL 20 Hegemonie nie).

Verschiedenartige, aber gleichwertige Völkergemeinschaften in wechselseitiger Anerkennung müssen in Europa wie in der Welt die Grundlage politischer Rationalität bilden: Die EU-Struktur als Vorbild nicht zum Nachmachen, vielleicht zum Variieren.

Freilich darf diese Konkurrenz der Völkergemeinschaften (Konkurrenz ist doch in der Ökonomie ein so beliebter Begriff!) nicht auf herkömmlichen Machtinstrumenten beruhen (z. B. der NATO, dieser Fremdenlegionsarmee der USA). Es ist vielleicht gut so, dass sich derzeit die Über-Macht der USA mit Flugzeugträgern, Satelliten, Laserbomben, Nuklearwaffen, Raketen systemen so deutlich darstellt, weil damit zugleich demonstriert wird, auf wie tönernen Füßen diese steht und wie überflüssig sie durch anderslaufende Entwicklungen geworden ist. Der 11. September 2001 spricht ja eine deutliche Sprache.

Die Machtlosigkeit der „Großmächte“ bei asymmetrischer Kriegsführung zeigte sich ja früher schon in den Niederlagen Frankreichs im Algerienkrieg, der USA in Vietnam, Libanon und Somalia (Mogadischu-Effekt) und der UdSSR und danach der USA in Afghanistan.

Ganz unterschiedliche politische Wege der Außenpolitik zeichnen sich bereits jetzt schon ab. Während die USA auf Kriegsoffensiven setzten – die Verweigerung, internationale Gerichtsbarkeit zu akzeptieren, ist eines der deutlichen Zeichen für die einzuschlagende Art und Weise dieser Strategie – versuchen die Europäer auf völkerrechtlicher Basis staatliche Strukturen in Krisenländern zu installieren bzw. zu stabilisieren. Diese teilweise gegensätzlichen Strategien müssen sich beide heute allerdings weniger gegen einen ausscherehenden Nachbarstaat, als gegen den internationalen Terrorismus wenden. Eine wesentliche Aufgabe Europas freilich muß darin bestehen, durch eigene Alternativen die Entprivatisierung von Gewalt (vgl. QBL 10 Staat machen) zu fördern, so wie es der Friedensforscher Dieter Senghaas schon 1995 propagierte (→ QBL 20 Hegemonie nie, → QBL 18 Rüstung – Der militärische Komplex).

Ganz allgemein gesagt, besteht die Aufgabe Europas darin, einen anderen Weg zu finden, als den „american way of life“ und sich damit den Völkern anzunähern, die sich globalen Ansprüchen widersetzen.

Wir dürfen auch den Blick – so fortgeschrieben dies derzeit sein mag – nicht nur auf Europa richten. Eine große Insel der Seeligen bedeutet überhaupt keine Sicherheit vor den zu erwartenden Folgen neoliberal bzw. global verursachter Ungleichheiten. Die Vorstellung von einer Art NATO-Zaun um Europa wäre absurd. Schon jetzt ist abzusehen, dass wir der „illegalen Besetzung“ nicht Herr werden können. Wie wird das erst aussehen, wenn die hungernden Menschen bewaffnet mit den billigen Kalaschnikows oder auch nur Macheten in solchen Massen auf den EU-Rand vorrücken, dass zu unserem Schutz nur ein Massenmord an ihnen bliebe?

Der hochgelobte, „deregulierte, globale Markt“, dem man heute als Weltlösung nachhängt, hätte keinerlei Mittel, diesem Vorgang zu begegnen. **Politik lässt sich eben nicht durch Märkte ersetzen.** Deshalb ist es so wichtig, unsere EU-Politik – und zwar parallel mit dem Erstarken Europas – für die Konsolidierung in weiteren EU-ähnlichen Räumen auszurichten, die durchaus eine andere Struktur aufweisen dürfen, wenn sie sich nur einem entsprechenden rechtlichen, sozialen und ökologischen Rahmen einfügen. **Halten wir uns das schlechte Beispiel USA vor Augen!**, die leichtfertig und egoistisch jegliche Rahmenbedingungen, wie etwa das Kyoto-Protokoll ablehnt und prangert wir ihren Druck zur Zusammenstutzung der UNDP (United Nations Development Programme) an, weil sie Kritik als ökonomisches Analphabetentum disqualifiziert. Ganz neue Aufgaben für ein (in Deutschland sehr altes) Bundesministerium für (wirtschaftliche) Zusammenarbeit.

Solche Rahmenbedingungen dürfen auch nicht durch die ökonomisch begründeten Bedingungen von Weltbank und Währungsfonds eingeschränkt werden. Im Gegenteil ist eine Entwicklung in Europa zu fordern und zu fördern, welche die Investitionen ihrer politischen Macht beraubt und sie unter Aufsicht der Völkergemeinschaft stellt.

**Europa Verantwortung liegt in Afrika.
 No gated community Europa.**

Es wäre falsch, wenn wir in der Europäischen Union die gegenwärtige Situation der „Weltrisikogesellschaft“ (Ulrich Beck) als Dauerzustand akzeptieren. Insbesondere sind die Jahre der alleinigen Hegemonialmacht USA gezählt. **Unilateralismus hat keine Chance.** Wir im „alten“ Europa müssen: